Keine Demokratie ohne Frauen

Erklärung gegen geschlechtsbasierte Gewalt in der Politik

Eine parteiübergreifende Erklärung im Rahmen des Projekts „Recognize, Resist, Rise Up“ (3R) - Tackling Gender-Based Violence against Women in Politics

Präambel

Gewalt gegen Politiker*innen nimmt in Deutschland spürbar zu. Laut Bundeskriminalamt hat sich die Zahl der Straftaten gegen Amts- und Mandatsträgerinnen innerhalb von fünf Jahren verdreifacht. Da ein Großteil der Vorfälle jedoch gar nicht erst gemeldet wird, liegt die Dunkelziffer voraussichtlich deutlich über den offiziellen Zahlen. Anfeindungen und Gewalt in der Politik sind für viele längst zum Alltag geworden.

Frauen sind davon in besonderer Weise betroffen: Sie erleben überdurchschnittlich häufig psychische, digitale und sexualisierte Gewalt, oft eng verzahnt zwischen Netz und analogem Leben. Drohungen richten sich oft nicht nur gegen sie, sondern sogar gezielt gegen ihre Familien. Betroffen sind Frauen auf allen politischen Ebenen: in der Kommunalpolitik ebenso wie in den Landtagen und im Bundestag.

Diese Gewalt bedroht nicht nur die Sicherheit und das Wohlbefinden einzelner Politikerinnen, sondern auch die Vielfalt, Repräsentation und Legitimität unserer Demokratie insgesamt. Sie führt dazu, dass sich politisch aktive Frauen aus der Öffentlichkeit zurückziehen, ihre Meinung zurückhalten, Termine absagen oder ganz auf politisches Engagement verzichten. Damit gehen wichtige Perspektiven im demokratischen Diskurs verloren, Vorbilder für zukünftige Generationen von Frauen fehlen und die Politik verliert an gesellschaftlicher Repräsentativität. Eine Demokratie, die Teile ihrer Bevölkerung durch Einschüchterung aus der politischen Teilhabe drängt, untergräbt damit ihr eigenes Fundament.

Dem entgegenzuwirken, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Parteien, Fraktionen und Parlamente tragen dabei eine besondere Verantwortung – doch alle können einen Beitrag leisten: durch Zivilcourage im Alltag, durch Solidarität mit Betroffenen, durch das klare Benennen von Grenzüberschreitungen.

Mit dieser Erklärung bekennen sich die Unterzeichnenden – Parteien, Fraktionen, Parlamente, Kommunen, Verbände, zivilgesellschaftliche Organisationen, Einzelpersonen – zu konkreten Maßnahmen, um geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen in der Politik zu erkennen, ihr entgegenzutreten und Betroffene wirksam zu unterstützen.

Dafür setzen wir uns ein

1. Anerkennen (Recognize)

Der erste Schritt gegen geschlechtsspezifische Gewalt ist, sie klar zu benennen und ihr Ausmaß sichtbar zu machen. Nur wer die Realität anerkennt, kann wirksam dagegen vorgehen.

- **Geschlechtsspezifische Gewalt**: Wir erkennen an, dass Frauen in der Politik – körperlich, psychisch, sexualisiert, ökonomisch und digital – gezielt wegen ihres Geschlechts angegriffen werden. Diese geschlechtsspezifischen Formen der Angriffe sind oft beabsichtigt und Ausdruck struktureller, gesellschaftlich verankerter Machtungleichheiten. Damit unterscheiden sie sich von allgemeinen Anfeindungen und einem „rauem Ton“ in der Politik und daher benötigen sie eigene Antworten.
- **Datenerhebung**: Wir setzen uns dafür ein, dass Vorfälle – wo möglich getrennt nach Geschlecht – erfasst und ausgewertet werden, damit die spezifischen Formen, das Ausmaß und die Auswirkungen dieser Gewalt sichtbar werden.
- **Intersektionalität:** Wir beachten, dass manche Frauen aufgrund von sich überschneidenden Identitäts- und Diskriminierungsmarkern mehrfach betroffen sind. Das gilt besonders für Frauen mit Migrationsgeschichte, Frauen of Color und Frauen mit Behinderungen, aber auch für queere Menschen und trans*, inter* und nicht-binäre (TIN*) Personen.

2. Vorbeugen und Handeln (Resist)

Anerkennen allein reicht nicht. Wir wollen aktiv vorbeugen und schützen. Das bedeutet, wir setzen uns dafür ein, Strukturen zu schaffen, die Gewalt einschränken und unterstützen verlässliche Anlaufstellen für Betroffene.

- **Verhaltenskodizes**: Wir setzen uns für verbindliche Leitlinien in unseren eigenen Strukturen sowie in Parteien, Fraktionen und Parlamenten ein – mit klaren Regeln und Konsequenzen bei Verstößen – und halten uns selbst daran.
- **Sensibilisierung**: Wir stehen für einen respektvollen, diskriminierungsfreien Umgang ein und sensibilisieren dafür kontinuierlich. Sexistisches und diskriminierendes Verhalten – auch in der eigenen Fraktion, Partei und Gremien – benennen wir klar.
- **Schulungen:** Wir möchten, dass alle politisch Engagierten – von Mandatsträger*innen über Mitarbeitende bis zu Kandidierenden und Ehrenamtlichen – Zugang zu Schulungen zu sexualisierter Belästigung, Diskriminierung und digitaler Gewalt erhalten können. Dafür stellen wir die notwendigen Ressourcen bereit, etwa durch eigene Budgetposten oder durch eine Finanzierung aus Mitgliedsbeiträgen bzw. sonstigen Mitteln. Gleichstellungsbeauftragte oder vergleichbare Ansprechpersonen sind dabei zentrale Expert*innen und Anlaufstellen, die wir aktiv in die Organisation und Vermittlung solcher Angebote einbeziehen.
- **Zuständigkeiten definieren:** Wir legen fest und kommunizieren transparent, ob es eine Ansprechperson (etwa Gewaltschutzbeauftragte*r in der Fraktion) für Übergriffe gibt und wie diese erreichbar ist sowie wer für die weitere Bearbeitung zuständig ist (etwa, ab wann der Parteivorsitz etc. eingebunden wird).

- **Melde- und Beschwerdestellen:** Wir setzen uns für unabhängige, niedrigschwellige Melde- und Beschwerdestellen (z. B. Ombudsstellen) ein und schaffen diese, wo es uns möglich ist. Wir etablieren Meldewege und fördern die Zusammenarbeit mit Ansprechstellen, externen Beratungen und Sicherheitsbehörden etwa bei Anzeigeverfahren.
- **Datenschutz:** Wir gehen sorgsam mit personenbezogenen Daten von Kandidat*innen (z. B. Privatadresse, familiäre Situation) um und setzen uns für einen wirksamen Schutz persönlicher Informationen ein.
- **Zugang für parteiunabhängige Politiker*innen:** Wir setzen uns dafür ein, dass auch Amts- und Mandatsträger*innen sowie Kandidierende ohne Parteibindung Zugang zu Schutz-, Beratungs- und Schulungsangeboten erhalten. Mögliche Maßnahmen hierfür sind etwa die Bewerbung bestehender überparteilicher Angebote, die aktive Vermittlung an kommunale Anlaufstellen sowie durch unser Engagement für gemeinsame, fraktionsübergreifende Verhaltenskodizes auf kommunaler Ebene.
- **Kommunikation:** Wir verzichten in eigenen Kampagnen, Reden und öffentlicher Kommunikation auf sexistische, diskriminierende oder auf das Geschlecht abzielende Angriffe gegen politische Mitbewerber*innen.
- **Gesetzliche Regelungen**: Wir setzen uns für gesetzliche Maßnahmen zur Bekämpfung digitaler Gewalt ein, die den Rechtsschutz Betroffener stärken und eine wirksame Zusammenarbeit zwischen Strafverfolgungsbehörden und Plattformen ermöglichen.
- **Gleichberechtigte Teilhabe:** Wir setzen uns für die Umsetzung wirksamer Maßnahmen zum Ausgleich bestehender Nachteile bei der politischen Teilhabe von Frauen ein – im Einklang mit dem Grundgesetz sowie mit internationalen Verpflichtungen wie der Istanbul-Konvention und der UN-Frauenrechtskonvention (CEDAW).

3. Unterstützen und Verankern (Rise Up)

Wo Gewalt bereits geschehen ist, zählt entschlossenes Handeln: Wir stehen an der Seite der Betroffenen und übernehmen Verantwortung. Darüber hinaus tragen wir auch über den Einzelfall hinaus Verantwortung für einen gesellschaftlichen Kulturwandel, der politisches Engagement von Frauen langfristig sicherer macht.

- **Sexismus:** Hinweisen auf sexistisches oder diskriminierendes Verhalten in den eigenen Reihen gehen wir konsequent nach und ziehen, wo notwendig, geeignete Konsequenzen.
- **Unterstützung:** Wir sind für betroffene Frauen da – durch Zuhören, Solidarität, aktive Hinweise auf bestehende Anlaufstellen und Unterstützungsangebote. Wo möglich, bieten wir auch selbst rechtliche, psychologische oder kommunikative Unterstützung an.
- **Nachsorge:** Wir lassen Betroffene auch nach Abschluss eines Verfahrens nicht allein. Wir halten den Kontakt, begleiten die Rückkehr ins Amt oder Mandat und behalten dabei auch indirekt Beteiligte im Blick – etwa Mitarbeitende, Zeug*innen oder Personen, die Beschwerden bearbeiten.
- **Verantwortung:** Über die Unterstützung im Einzelfall hinaus positionieren wir uns öffentlich gegen frauenfeindliche Sprache und Verhaltensweisen und tragen damit zu einem Kulturwandel bei. Eine besondere Verantwortung tragen dabei Führungspersonen, insbesondere männliche Amts- und Mandatsträger.

- **Solidarität**: Wir instrumentalisieren Gewalt gegen andere nicht für eigene politische Zwecke. Stattdessen stehen wir Kolleg*innen, die angefeindet werden, zur Seite – parteiübergreifend und unabhängig von inhaltlichen Differenzen.
- **Digitale Gewalt & Plattformen:** Wir melden strafbare Inhalte konsequent innerhalb der Plattformen und – wenn etwa strafrechtlich relevant – auch an externe Stellen. Wir fordern eine zügige Entfernung von Hassrede sowie die Identifizierung der Verantwortlichen. Wir setzen uns in unseren jeweiligen Zusammenschlüssen und Kontexten zusätzlich politisch dafür ein, dass Plattformbetreibende ihrer Verantwortung nachkommen.
- **Wir orientieren uns an den im Rahmen von 3R entwickelten Handlungsempfehlungen** und setzen uns dafür ein, die dort beschriebenen Maßnahmen in unseren eigenen Strukturen so weit wie möglich umzusetzen, kontinuierlich weiterzuentwickeln und regelmäßig zu überprüfen.

Über das Projekt 3R

„Recognize, Resist, Rise Up“ (3R) ist ein von der Europäischen Union kofinanziertes Projekt eines Konsortiums von fünf europäischen Organisationen – Fórum 50% (Tschechien), JÓLLÉT Alapítvány (Ungarn), Možnosť voľby (Slowakei), Women for Election Ireland (Irland) und EAF Berlin (Deutschland). Ziel ist es, das Ausmaß und die Ursachen geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen in der Politik zu erfassen, Datenlücken zu schließen, den Austausch guter Praxis zu fördern und evidenzbasierte Empfehlungen sowie strukturelle Veränderungen voranzutreiben.

Unterzeichnung

Mit meiner/unserer Unterschrift bekenne/n ich/wir uns öffentlich zu dieser gemeinsamen Erklärung.*

Organisation / Partei / Institution:
_____

Name, Funktion: _____

Ort, Datum: _____

Unterschrift: _____

Ich willige ein, dass meine Angaben entsprechend der hier verlinkten Datenschutzhinweise öffentlich gemacht werden dürfen.

☐ Ja ☐ Nein

* Die EAF Berlin behält sich als Projektträgerin vor, jede Unterschrift vor der Veröffentlichung zu prüfen und ggf. zum Schutz des Zwecks abzulehnen, wenn begründete Zweifel an der Aufrichtigkeit der Unterschrift bestehen.